

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Bonner Militärattachés nach Peking und Moskau

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat die Entsendung von Militärattachés nach Peking und Moskau bewilligt. Während in der sowjetischen Hauptstadt künftig 9 Offiziere und Unteroffiziere - mit einem Brigadegeneral an der Spitze - fungieren werden, wird in die chinesische Hauptstadt lediglich ein vierköpfiger Stab unter Leitung eines Obersten entsandt. Die Bundesregierung begründet den Unterschied damit, daß vergleichbare Länder in Peking ebenfalls nur vierköpfige Stäbe eingerichtet hätten. Der Verteidigungsausschuß hatte im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Ausschuß einen entsprechenden Antrag gestellt (Die Welt, 16.1.1975).

(2) Vorsitzender der Peking-orientierten KPD/ML zur Deutschland-Frage

Der in Hamburg lebende Vorsitzende der Peking-orientierten KPD/ML gab für Radio Tirana ein Interview, das sich in weiten Teilen genau mit Pekinger Redewendungen deckt, das aber in einigen bedeutsamen Punkten erheblich von chinesischen Ansichten abweicht. Zunächst greift Aust die DKP als Agentur des "sowjetischen Sozialimperialismus" in Westdeutschland an, die sich als "wichtigste Stütze der Bourgeoisie und als Hauptfeind im Lager der Arbeiterklasse" erwiesen habe. Die Partei trete als Streikbrecher auf und fordere "unter dem Aushängeschild des Kommunismus" die werktätigen Massen auf, vom revolutionären Kampf gegen ihre Ausbeuter abzulassen.

Der KPD/ML sei es darum zu tun, die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Frage der Sozialistischen Revolution zu verbinden und hierbei gegen die "zwei imperialistischen Supermächte" zu kämpfen, die auch - fast 30 Jahre nach Kriegsende - immer noch Deutschland besetzt hielten und auf deutschem Boden gegen- und miteinander kämpften. Die KPD/ML fordere ferner den Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland, den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und EG sowie den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt und dem RGW. Sie kämpfe für ein vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland (Radio Tirana, Monitor-Dienst, deutscher Teil, 7. 1.1975, S.4 f.).

Der NATO- und EG-Passus weicht von der offiziellen Pekinger Version ab. Waren dem KPD/ML-Vorsitzenden die chinesischen Ansichten unbekannt, oder hat er sich hier von der Pekinger Version "freischwimmen" wollen?

DDR

(3) "Sozialimperialisten plündern die DDR aus"

Für Kredite, die Moskau der DDR gewährt hat, seien in den letzten Jahren Zinssätze bis zu 7% zugrunde gelegt worden. "Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Ziel dieser Kreditpolitik der Kreml-Revisionisten ist es nämlich vor allen Dingen, die DDR-Wirtschaft in ein Anhängsel der sowjetischen Wirtschaft zu verwandeln. Sie geben vor allem für den Bau solcher Anlagen Kredite, an deren Erzeugnissen sie selbst interessiert sind. So gewährten sie der DDR einen Kredit zur Errichtung und zum Aus-

bau von Schiffswerften. Die wichtigsten Roh- und Hilfsstoffe für den Schiffbau liefert die Sowjetunion zu überhöhten Preisen. Und die erbauten Schiffe gehen hauptsächlich wiederum an den sowjetischen Schirmherrn - selbstverständlich zu einem Preis, der unter dem Weltmarktniveau liegt. In dreieinhalb Jahren erhielt die Sowjetunion aus der DDR über 230 Schiffe der verschiedensten Bruttoregister-tonnenklassen. Der Preis des von der Sowjetunion von 1960-1967 in die DDR exportierten verarbeiteten Erdöls war doppelt so hoch wie der des in die Bundesrepublik, in die Schweiz, nach Italien, Frankreich, Japan exportierten Erdöls. Die Preise, die die Sowjetunion ihrerseits für Waren aus der DDR bezahlt, liegen dagegen stets unter dem Weltmarktniveau. Wie Schiffe bezieht die Sowjetunion auch andere Waren aus der DDR zu Preisen, die 18-34% unter den Preisen liegen, die sie für die gleichen Waren aus der Bundesrepublik bezahlt. Für Lederverarbeitungs- und Textilmaschinen zahlt sie 20-30% weniger als auf dem Weltmarkt üblich" (PRu 1975 Nr.1, S.35).

(4) Die DDR in der Außenpolitik Pekings (ein Kommentar von Radio Moskau)

"Nach dem antifaschistischen Kriege wurde auf deutschem Boden die DDR geschaffen. Dieses wichtige Ereignis stellt einen Wendepunkt in der Geschichte Europas dar." Diese Worte wurden von Premierminister Chou En-lai im Jahre 1956 nach der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der DDR ausgesprochen. In der von China mitunterzeichneten "Deklaration der Kommunistischen und Arbeiterparteien" vom November 1960 heißt es ferner: "Die Teilnehmer der Konferenz sind der Ansicht, daß die Verteidigung der Unverletzbarkeit der DDR die Pflicht der Staaten des Sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Völker ist."

Zu diesem Zeitpunkt hätten es die führenden Politiker Pekings noch nicht gewagt, offen mit dem sozialistischen Lager zu brechen, und hätten so getan, als ob sie aktiv den Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden unterstützten. Doch einige Jahre später - so Radio Moskau (BPA, Ost-Info., 16.12.1974) - erklang aus Peking eine ganz andere Sprache: Heute habe man sich mit den "reaktionärsten Revanchistenkreisen der Bundesrepublik" zusammengetan. Radio Moskau verweist hierbei auf Kohl und Strauß.

"So paradox es auch erscheinen mag, wurde die jüngste Kehrtwendung Pekings in seiner Außenpolitik zu einem Zeitpunkt vollzogen, da eine sehr große Anzahl von Ländern es für notwendig erachtet hat, die DDR anzuerkennen, und zwar hin bis zu den eingefleischtesten Anhängern des Kalten Krieges, die langsam, wenn auch ein Vierteljahrhundert zu spät, zu begreifen anfangen, daß man nicht einen der europäischen und industriell höchst entwickelten Staaten ignorieren kann, der zu einem der wichtigsten Faktoren des Friedens und der Stabilität auf dem europäischen Kontinent geworden ist."

Peking komme es in erster Linie auf die Aufrechterhaltung der Konflikte und der Teilung der Welt in entgegengesetzte Blöcke an. Die Spitze dieser Politik sei gegen die Sowjetunion und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet! "Die Pekinger Politiker hegen jetzt die Idee, im Herzen Europas einen gewichtigen militaristischen Staat entstehen zu lassen, der ein mächtiger antisowjetischer Vorposten werden kann. Peking kümmert sich wenig darum, daß ein solcher Staat unausbleiblich zu einer Gefahr nicht nur für die Sowjetunion und die sozialistischen Län-

der Europas, sondern auch für alle Länder Europas würde". Ein solcher gesamtdeutscher Staat könne nur auf dem Wege der Beseitigung der DDR erreicht werden. "Doch die Politiker Pekings sollten sich darüber im klaren sein, daß weder sie noch ihre Freunde unter den Reaktionären und revanchistischen Ultras imstande sind, den sozialistischen deutschen Staat abzuschaffen".

(5) Scharfe Attacken Ostberlins gegen Peking

Das SED-Politbüromitglied Albert Norden hat die chinesische Führung auf einer ganzen Seite im Parteiorgan "Neues Deutschland" am 8. Januar beschuldigt, sie wolle gemeinsam mit den "aggressivsten und reaktionärsten Kräften des Imperialismus" Europa in den Kalten Krieg zurückdrängen. Die Annäherung der "maoistischen" Führer an den Imperialismus entspringe nicht etwa den Sicherheitsbedürfnissen Chinas, sondern sei auf den hartnäckigen Versuch Mao Tse-tungs und seiner Umgebung zurückzuführen, ihre hegemonistischen Ziele mit neuen Mitteln und Methoden durchzusetzen. "Die Pekinger Störmanöver nehmen Züge eines regelrechten psychologischen Krieges an ... Den Maoisten, die den Völkern aller Länder ihren antisozialistischen und entspannungsfeindlichen Kurs" aufdrängen wollten, sei jedes Mittel recht, wenn es nur helfe, die Normalisierung der Lage in Europa aufzuhalten und zu hintertreiben. Dazu gehöre auch die aus der Zeit des Kalten Krieges "wiederaufgewärmte Lüge" von der sowjetischen Bedrohung. Das entscheidende Ziel in der Politik der chinesischen Führung gegenüber Westeuropa bestehe darin, das antisozialistische und entspannungsfeindliche Potential dieser Region im Kampfe gegen die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft maximal auszunutzen und mit allen Mitteln zu stimulieren. Dabei nähmen die Pekinger Störmanöver Züge eines regelrechten psychologischen Krieges an.

Indem sich Peking die von der Geschichte längst überholte bürgerliche These von der "Einheit der Deutschen Nation" zu eigen machen, habe es eine unverhüllt feindselige Haltung gegenüber der DDR bezogen. Zusammen mit "den revanchistischen Kräften in der BRD" hätten offizielle Sprecher der Volksrepublik China den Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik als Provisorium bezeichnet und die Lüge verbreitet, daß auch die sogenannte deutsche Frage noch nicht gelöst sei. In besonderem Maße griffen die chinesischen Führer immer wieder das Prinzip der Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Staatsgrenzen an. So habe Chou En-lai die nordeuropäischen Länder aufgefordert, territoriale Forderungen an die Sowjetunion zu stellen.

Norden wirft der VR China ferner vor, die KPD zu finanzieren. Wörtlich: "Die Vorleistungen der Maoisten spielten eine bestimmte Rolle dabei, daß das höchste Gericht der BRD im Januar 1974 die juristische Anerkennung der sogenannten KPD - eine von den Pekinger Botschaftern in der BRD und in der Schweiz finanzierte ultralinke Sekte - als politische Partei im Sinne der Gesetze der BRD aussprach". Die KPD habe in ihrem Programmentwurf offen "die Bildung einer maoistischen Untergrundorganisation in der DDR" angekündigt, mit dem Ziel, die Arbeiter- und Bauernmacht der DDR zu stürzen und ihrem Bündnis mit der Sowjetunion ein Ende zu bereiten.

Die Pekinger Führer hätten den antiamerikanischen Aspekt gegenüber ihrem Antisowjetismus weit in den Hintergrund tre-

ten lassen. Langfristig aber beabsichtigten sie "einen direkten Zusammenstoß zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, um sich am Kriege buchstäblich die Hände zu wärmen".

WESTEUROPA

(6) Will Peking offizielle Kontakte zur EG aufnehmen?

Wie der holländische Außenminister van der Stoel nach ausführlichen Gesprächen mit chinesischen Spitzenpolitikern, u.a. mit Chou En-lai, bekanntgab, sei die Volksrepublik China daran interessiert, in absehbarer Zeit offizielle Kontakte zur EG aufzunehmen. Bisher habe man sich allerdings noch nicht über die Form einer Vertretung bei der EG entscheiden können. Bei den Chinesen spielen nicht zuletzt die Vorstellungen eine Rolle, daß Europa zum wichtigsten Schauplatz des Ringens der beiden Supermächte um die Hegemonie geworden sei.

(7) Maltesischer Ministerpräsident erneut in der VR China

Nachdem China und Malta am 31.1.1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten, kam es im gleichen Jahr zu einem Besuch Dom Mintoffs in Peking, dem die Chinesen große Bedeutung beimaßen. Malta ist aus der Sicht Chinas der beste Ansatzpunkt für die Pekinger Ansicht, daß das Mittelmeer allein den Anliegerstaaten gehören solle und daß die dortigen Spannungen so lange fort dauerten, bis die Präsenz der Supermächte beseitigt sei. Aus dieser Sicht war es für Peking ein großer Erfolg, daß Malta keine Reparaturen für die 6. US-Flotte zuließ (C.a. 1972/5, Ü4). Als Dom Mintoff im April 1972 Peking besuchte, versprach China dem Land eine Entwicklungshilfe von 46,2 Mio. US\$, damit es "auf eigenen Beinen" stehen könne und nicht auf die Supermächte angewiesen sei. Peking handelte sich dafür das Versprechen ein, daß La Valetta nicht von der sowjetischen Flotte angelaufen werden dürfe. Auch solle dort keine sowjetische Botschaft errichtet werden. Die Sowjets hätten ihre Malta-Angelegenheiten vielmehr von London aus zu regeln (Näheres C.a.1972/6, S.13).

Bei dem neuerlichen Besuch Dom Mintoffs in Peking Anfang Januar 1975 erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien erneut: "Die Ursache der heutigen Unruhe in der Welt ist der Wettstreit der Supermächte um Einflusssphären ... Es ist nur natürlich, daß Malta sich um die Sicherheit im Mittelmeer sorgt, in dessen Mitte es liegt. Premierminister Dom Mintoff hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß es keine europäische Sicherheit ohne Sicherheit im Mittelmeer geben kann. Die maltesische Regierung vertritt die Auffassung, daß die Anrainerstaaten des Mittelmeeres sich zusammenschließen und sich von der Kontrolle der Supermächte befreien sollten, damit ihre Völker zu wirklichen Herren des Mittelmeeres werden. Dies ist eine gerechte Forderung, die vom chinesischen Volk aufrichtig unterstützt wird" (NCNA, 7.1.75).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(8) Bewaffnete Zusammenstöße zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen im vergangenen November?

Nach Meldung des Daily Telegraph (17.12.74), der sich auf

„kommunistische Quellen“ beruft, soll es im November im Gebiet von Lanchou an der Grenze zwischen der Mongolischen Volksrepublik und der VR China zu fünf heftigen Zusammenstößen zwischen sowjetischen und chinesischen Streitkräften gekommen sein. Die Gefechte hätten rd. 30 Gefallene und Verwundete gefordert.

Die Meldung wurde von Moskau nicht dementiert. Aus offiziellen Pekinger Kreisen hieß es zu dem Bericht, er sei eine „Falschmeldung mit Hintergedanken“ (Die Welt, 18.12.74).

Immerhin verdient ein solcher Bericht Aufmerksamkeit; denn die Hälfte der rd. 60 an der sowjetisch-chinesischen Grenze stationierten sowjetischen Divisionen ist in der Mongolei stationiert. In der neuesten Nummer einer geschichtswissenschaftlichen Monatsschrift, die unter dem Titel „Geschichtsforschung“ zum erstenmal wieder seit der Kulturrevolution in Peking erhältlich ist, heißt es, die Sowjetunion solle keine Spione mehr nach China entsenden und außerdem alle militärischen Manöver und sonstigen „Provokationen“ im Grenzgebiet einstellen. Außerdem solle sich Moskau zu dem Gebietsraub in China im 19. und zu Beginn des 20. Jh. bekennen. Dies allein sei der richtige Weg zu einer Beilegung des Grenzkonflikts zwischen beiden Staaten. Falls die Sowjetunion wirklich einen Fortschritt wünsche, müsse sie mit dem Abzug ihrer Truppen aus der Mongolei und mit einer „Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte im chinesisch-sowjetischen Grenzgebiet auf den Stand der Zeit von Chruschtschow“ beginnen.

Wenige Tage später dementierte Peking diese Grenzzwischenfälle. Es handle sich hier um eine reine Erfindung, die auf Hintergedanken beruhe. Sollte das Gerücht von interessierter Seite verbreitet worden sein, um die jüngste Erklärung des mongolischen Staats- und Parteichefs Zedenbal zu untermauern, wonach die chinesische Führung eine Krisensituation an der chinesisch-mongolischen Grenze geschaffen habe?

Diese von der SZ (19.12.74) wiedergegebene Version wird allerdings dadurch in Zweifel gezogen, daß nun auch Radio Moskau die sowjetisch-chinesischen Grenzkämpfe als Erfindung bezeichnet. Daily Telegraph habe sich den nicht beneidenswerten Ruf des Verbreitens von antisowjetischen Lügenmärchen schon seit Jahren erworben, wobei er sich auch schon jedesmal blamiert habe.

(9) Peking glaubt an Krieg zwischen USA und Sowjetunion

In einem Kommentar zum Jahreswechsel (NCNA, 1.1.75) hieß es, die Entspannung im Verhältnis der beiden Supermächte sei 1974 in eine Sackgasse geraten. Der Streit beider Supermächte um Einflußsphären und Weltbeherrschung sei immer härter geworden. „Dieser Streit muß unvermeidlich zum Krieg führen. Da die Rivalität zwischen den beiden hegemonistischen Mächten sich verstärkt, wird die Kriegsgefahr größer. Die Völker aller Welt müssen sich darauf vorbereiten“. Der „wahnsinnige“ Rüstungswettlauf gehe weiter. „Brennpunkt“ dieser Rivalität der beiden Supermächte ist Europa: Beide Mächte suchten sich der Flanken Europas - des Nahen Ostens, des Mittelmeerraumes und des Balkans - zu bemächtigen. Sie gingen davon aus, daß das Land, das diese Region beherrsche, die Entwicklungen in Europa kontrollieren könne. Zur Zeit des Nahost-Krieges im Jahre 1973 hätten beide Mächte mit knapper Not eine direkte Konfrontation vermeiden können; im Sommer

1974 habe die Zypern-Krise deutlich den „hitzigen Streit“ beider Mächte um Einflußzonen widerspiegelt.

NORDAMERIKA

(10) China-Reise Senator Mansfields

Senator Mike Mansfield ist am 8. Dezember zu einem dreiwöchigen Besuch nach China aufgebrochen. Der Fraktionsführer der demokratischen Mehrheit im Senat war nach Nixons Peking-Reise schon einmal in China, und zwar zusammen mit Senator Hugh Scott, dem Fraktionsführer der Republikaner (C.a. 1972/4, S.5 u.2).

Nachdem kurz vorher bereits der amerikanische Präsident Ford einen Besuch in Peking angekündigt hatte, erweist sich damit erneut, daß die amerikanische Besuchsdiplomatie in eine Einbahnstraße hineingeraten ist. Schon bald werden zwei Präsidenten Peking besucht haben. Der amerikanische Außenminister Kissinger hat gerade seinen siebten Besuch in der chinesischen Hauptstadt hinter sich und hat während seines Aufenthaltes auch darauf hingewiesen, daß ein hoher chinesischer Besuch in Washington fällig wäre. Solange freilich die Taiwan-Frage nicht in dem Sinne gelöst ist, daß Washington seine offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abbricht und offizielle Kontakte mit Peking beginnt, wird mit einer grundlegenden Änderung der bisherigen Besuchsdiplomatie Pekings kaum zu rechnen sein.

Während Kissinger nur von Teng Hsiao-p'ing und Ch'iao Kuanhua empfangen worden war, dagegen keinen Kontakt mit Chou En-lai oder gar mit Mao Tse-tung erhielt, kam Mansfield nicht nur mit Ch'iao und Teng zusammen, sondern wurde u.a. auch von Chou En-lai in einem Pekinger Krankenhaus empfangen (NCNA, 10.12. u.12.12.74). China beginnt sich offenbar bereits auf einen künftigen demokratischen Präsidenten einzustellen. Auch der Besuch des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Jackson (dazu C.a. Aug.74, S.47 ff.), der in Peking so stark herauskam, deutet in diese Richtung.

(11) Die Verschlechterung der Wirtschaftslage in den USA

Für Peking ist die Verschlechterung der Wirtschaftslage in vielen Ländern der westlichen Welt ein willkommenes Anlaß, um einen Krisenbericht nach dem anderen über Streiks, Inflation und Arbeitslosigkeit herauszubringen.

Besonders häufig stehen seit einiger Zeit die USA im Mittelpunkt solcher Meldungen, wodurch die These vom ständigen Verfaulungsprozeß des Kapitalismus konkretisiert werden soll.

Wie China die Entwicklung dieses ständigen Niedergangs sieht, geht aus der Schilderung folgender „fünf Wirtschaftskrisen in den USA“ hervor:

1948-49. Die Industrieproduktion fällt innerhalb von 15 Monaten um 10,1 Prozent. Bankrotte Betriebe: mehr als 9000. Arbeitslose über 4,9 Millionen.

1953-54. Die Industrieproduktion sinkt innerhalb von 8 Monaten um 9,1 Prozent. Bankrotte Betriebe: mehr als 11 000. Arbeitslose: über 3,9 Millionen.

1957-58. Die Industrieproduktion geht innerhalb von 14 Monaten um 13,5 Prozent zurück. Bankrotte Betriebe: über 14 000. Arbeitslose: mehr als 5,07 Millionen.

1960-61. Die Industrieproduktion sinkt innerhalb von 13 Monaten um 8,6 Prozent. Bankrotte Betriebe: über 17 000. Arbeitslose: mehr als 5 Millionen.

1969-70. Die Industrieproduktion geht innerhalb von 14 Monaten um 8,1 Prozent zurück. Bankrotte Betriebe: mehr als 10 000. Arbeitslose: 5,06 Millionen.

Diesen fünf Krisen hat sich inzwischen die sechste angeschlossen, die gekennzeichnet sei durch zweistellige Inflationsraten, durch den Rückgang der Industrieproduktion, durch das drastische Anwachsen der Arbeitslosigkeit (Oktober 1974: 5,5 Millionen), durch enorme Handelsbilanzdefizite und durch "Antikrisenmaßnahmen" (Erhöhung der Militär- und Regierungsausgaben), die die Krise lediglich noch weiter anheize (PRu 1974, Nr. 50, S.15 f.).

AFRIKA

(12) "Der riesige afrikanische Kontinent bietet einen äußerst ermutigenden Anblick"

Dieser Satz stammt vom stellvertretenden Premierminister Teng Hsiao-p'ing und ist enthalten in einer Bankettrede zu Ehren des Präsidenten von Zaire, Mobutu, der im Dezember die VR China besuchte.

Im einzelnen erläuterte Teng diesen "ermutigenden Anblick" mit den folgenden Worten: "Die Republik Guinea-Bissau wurde ruhmreich in den Flammen des bewaffneten Kampfes geboren. Die Völker von Mozambique, von Sao Tome und Principe haben auf ihrem Weg der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit neue Siege errungen. Das Volk von Angola verstärkt seine Einheit und kämpft für die schnellere Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit. Der bewaffnete Kampf und die Massenbewegung der Völker in den Gebieten des südlichen Afrika für die nationale Befreiung sind beständig erstarkt. Der Kampf der unabhängigen afrikanischen Staaten für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität, für den Schutz der nationalen Ressourcen und für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und Kultur vertieft sich und nimmt ständig an Stärke zu...". Speziell zum Fall Zaire: "Wir schätzen sehr die von Ihnen, verehrter Präsident, getroffenen Maßnahmen zur Entfaltung des zairischen Nationalismus und zur Verwirklichung der Zairisierung. In internationalen Angelegenheiten verfolgt die zairische Regierung eine Politik der Blockfreiheit, tritt für die afrikanische Einheit ein, hält am Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus fest, unterstützt den gerechten Kampf der afro-asiatischen Völker und die nationalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und trägt so fortlaufend zur Sache des vereinten Kampfes der Dritten Welt gegen Hegemonismus bei. Insbesondere der Wagemut der zairischen Regierung, der Anmaßung der Supermächte zu trotzen, hat ihr allgemeines Lob und die Unterstützung von seiten der Länder und Völker der Dritten Welt eingebracht" (PRu 1974, Nr. 51, S.7).

In diesen Sätzen ist das gesamte Erwartungsprogramm enthalten, auf das die Chinesen in Afrika setzen.

Mobutu, der gern als Vertreter des größten afrikanischen Volkes zum größten Volk Asiens spricht (dazu C.a.1973/2, Ü15), strich in seiner Erwiderung die Modellfunktion Chinas heraus: "Der Vorsitzende Mao gehört nicht länger China allein. Durch seinen revolutionären Kampf und sein profundes Denken ist er ein

Gigant der Weltgeschichte geworden. Sein Name allein läßt die Imperialisten, Kolonialisten und Rassisten erzittern, weil sie wissen, daß alle Freiheitskämpfer, alle ausgebeuteten Menschen und alle Kolonialvölker sich am Kampfe und am Längten Marsch des Vorsitzenden Mao Tse-tung orientieren. Mein Besuch in China erfüllt mich mit Freude. Er erlaubt mir, unmittelbar aus der Quelle der Weisheit des Vorsitzenden Mao Tse-tung zu schöpfen. Denn kein Führer in der Welt, außer ihm, ist so reich an Lebenserfahrungen, an Regierungserfahrungen, an Erfahrungen des Kampfes und Erfahrungen des Sieges ..." (ebd., S.8).

Auf das angebliche "Schreckgespenst der Gelben Gefahr" eingehend, fuhr Mobutu fort: "Es ist wahr, daß China 800 Millionen Einwohner hat, aber in einem Land von nahezu 10 Millionen Quadratkilometern bedeutet das nur 80 Menschen pro Quadratkilometer. Viele imperialistische Länder jedoch haben eine Bevölkerungsdichte von mehr als 300 Menschen pro Quadratkilometer. Deshalb haben wir in Zaire gut verstanden, daß für Afrika die Gefahr eher weiß als gelb ist. Dies wird darüber hinaus von den Ereignissen in Rhodesien und Südafrika bestätigt".

Mobutu ist am 17. Dezember, aus Peking kommend, zu einem zweiten Staatsbesuch innerhalb von zwei Jahren in Peking eingetroffen. Die von ihm benutzte DC-10 der Air Zaire war das größte, je in einem chinesischen Flughafen gelandete Flugzeug. Zu den engen Beziehungen zwischen China und Zaire, die sich beide als jeweils größte Staaten ihres Kontinenten verstehen und zu der modellhaften Rolle Chinas, die Mobutu für sein Land perzipiert, vgl. C.a.1973/2, Ü15.

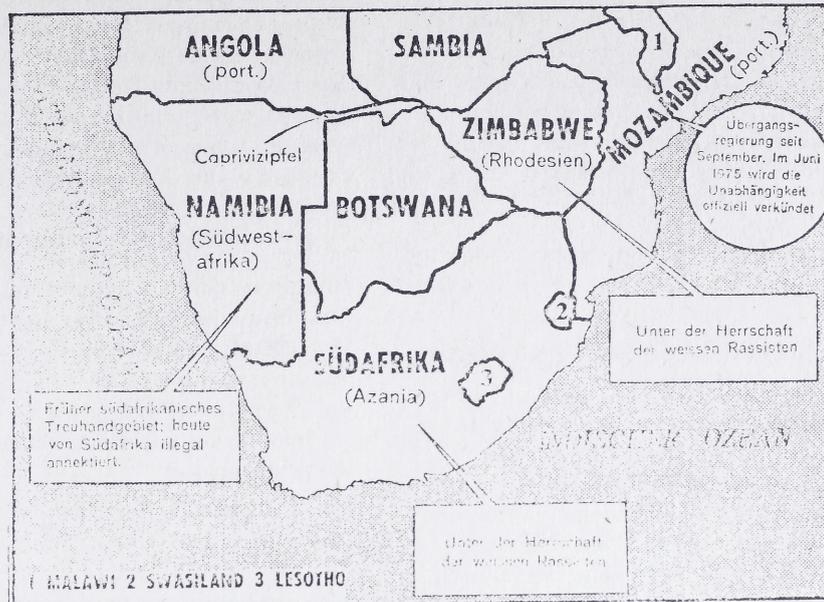
(13) Peking zum "Verzweiflungskampf des südafrikanischen Rassistenregimes"

Vom Kampf des Volkes von "Azania" (chinesische Bezeichnung für Südafrika und Namibia/Südwestafrika) beunruhigt, hätten die weißen Rassisten in Südafrika zu einer konterrevolutionären Doppeltaktik gegriffen.

Auf der einen Seite betrieben sie einen großangelegten politischen Betrug, indem sie ihre Propagandamaschine voll zur Reinwaschung ihrer reaktionären Innen- und Außenpolitik einsetzte. Man verspreche den verschiedenen Bevölkerungsgruppen "Unabhängigkeit" und spreche von einem Zusammenleben "auf der Basis der Gleichberechtigung".

Andererseits habe man noch grausamere Unterdrückungsmethoden als bisher erfunden. Im Namen der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung habe die Vorster-Regierung die sogenannten "Landesverteidigungsausgaben um etwa 50% erhöht, um ihre Streitkräfte zu vergrößern. Gleichzeitig hätten sie ihre Anstrengungen bei der Durchführung ihres "betrügerischen Plans der Errichtung der sogenannten Bantu-Heimatländer" verdoppelt. 15 Millionen Afrikaner, also 85% der gesamten Bevölkerung Südafrikas, werde in 9 Gebiete unter Sonderverwaltung getrieben, die weniger als 13% der Gesamtfläche Südafrikas ausmachten. Diese Afrikaner stünden unter strenger Aufsicht von etwa 50.000 Mann Polizeitruppen; gleichzeitig würden die Streikämpfe der Arbeiter durch Terrormaßnahmen unterdrückt.

Doch all diese Anstrengungen hülften dem Regime auf die Dauer nicht; denn "ein guter Jäger erlegt auch den schlauesten Wolf" (PRu 1974, Nr.50, S.13 f., 24). (Siehe Karte nächste Seite)



Quelle: Peking Rundschau 1974/50, S.14

NAHOST

(14) Israel verzichtet einstweilen auf seine Hoffnungen, mit der VR China diplomatische Beziehungen aufzunehmen

Diese Absicht wurde vor allem dadurch manifestiert, daß Israel seine Vertretung in Hong Kong, die erst vor eineinhalb Jahren in der Hoffnung auf politische Annäherung an Peking geöffnet worden war, wieder geschlossen hat. China reagierte auf diesen Vorstoß in keiner Weise, wie Generalkonsul Galbar vor Journalisten erklärte. Seiner Ansicht nach ist die Pekinger Unnachgiebigkeit ein Zeichen dafür, daß die VR China den Sowjets nicht das Monopol für die bedingungslose Unterstützung der Palästinenser einräumen will. Der Generalkonsul - ehemaliger Botschafter in Kambodscha - fügte allerdings noch nachträglich hinzu, daß die Hong Konger Vertretung nicht wegen der enttäuschenden Haltung Chinas geschlossen worden sei, sondern wegen der von der Regierung verfügten Sparmaßnahmen. Israel wird in Zukunft in der Kronkolonie nur noch durch einen Ehrenkonsul vertreten sein (AFP-Meldung, 3.12.74).

ASIEN

(15) Chinesische UNO-Delegation zur Frage der koreanischen Wiedervereinigung

Am 25. November begann auf der Sitzung des Ersten Ausschusses der UNO-Vollversammlung die Debatte über die Korea-Frage. Huang Hua gab am 29. November die chinesische Stellungnahme ab und erklärte, daß Korea eine Nation bilde, die erst am Ende des Zweiten Weltkrieges künstlich in zwei Teile gespalten wurde.

Die wichtigste Forderung des Tages bestehe darin, daß die Wiedervereinigung Koreas friedlich vor sich gehe. Dafür seien in der Tat auch bereits wichtige Voraussetzungen erfüllt worden. Besonders die im Mai 1972 von Kim Il-sung aufgestellten drei Prinzipien für die Selbständigkeit, die friedliche Wiederver-

einigung des Landes und für die große nationale Einheit sowie das im Juni 1973 ebenfalls von ihm vorgebrachte Fünfpunkteprogramm zur Verhütung der nationalen Spaltung und zur nationalen Wiedervereinigung hätten den korrekten Weg für die Sache der Wiedervereinigung gewiesen. Hinzu komme die gemeinsame nord-südkoreanische Erklärung vom 4. Juli 1972, in der die obengenannten drei Prinzipien anerkannt worden seien. Auch die UNO habe dem hier bezugten guten Willen zur eigenständigen Lösung Schützenhilfe geleistet, indem sie auf der 28. Tagung der Vollversammlung im Jahre 1973 beschloß, die "UNO-Kommission für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas" sofort aufzulösen.

Wenn es gleichwohl noch zu keiner friedlichen Wiedervereinigung gekommen sei, so seien daran vor allem zwei Parteien schuld, nämlich einmal die "Clique um Park Chong Hee", die hartnäckig die Politik einer Schaffung von zwei Koreas verfolge, und zweitens die USA, die nach wie vor Truppen in Südkorea stehen hätten, deren Bestimmung darin bestehe, das südkoreanische Regime am Leben zu erhalten. Die USA behaupteten zwar, daß von den mehreren zehntausend Mann an amerikanischen Truppen nur einige hundert Mann unter dem "UNO-Kommando" stünden. Wer aber könne dieser Behauptung Glauben schenken?

Im übrigen hätten die US-Truppen gemäß Artikel 60 des Waffenstillstandsabkommens von 1950 innerhalb von 3 Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens eine politische Konferenz der beiden Parteien auf höherer Ebene abhalten sollen, um dabei über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea zu verhandeln. Die USA aber hätten eine solche Zusammenkunft systematisch obstruiert, und dies, obwohl sich die "chinesischen Volksfreiwilligen" 1958 einseitig, bedingungslos und vollständig aus Korea zurückgezogen hätten, um günstigere Bedingungen für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas zu schaffen (PRu 1974, Nr.49, S.13-15).

(16) Weiterhin thailändisch-chinesische Beziehungen

Anfang Januar traf Thailands stellvertretender Außenminister Choonhava zu einem viertägigen Besuch in der VR China ein, und zwar auf Einladung des chinesischen Rats zur Förderung des Internationalen Handels. Choonhava wurde u.a. von Chou En-lai am Krankenbett empfangen. Thailand soll bei diesem Besuch eine "beträchtliche Menge Erdöl" zu einem "freundschaftlichen Preis" von Volkschina gekauft haben (FAZ, 10.1.75).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN / KONFERENZEN

(17) Trotz Wiener Sicherheitskonferenz kein Abbau der Streitkräfte in Mitteleuropa

Unter dieser Überschrift weist NCNA (12.12.74) darauf hin, daß die Sicherheitskonferenz, die bereits am 30. Oktober 1973 begann, bereits dreimal habe vertagt werden müssen. Auch die gegenwärtige Gesprächsrunde habe nach einem dreimonatigen Gerangel in einer Sackgasse geendet. JMJP fügt am gleichen Tage ergänzend hinzu, daß während der Tagung der Europäischen Sicherheitskonferenz die sowjetischen Panzerverbände in Osteuropa um ein Drittel verstärkt, die Anzahl der taktischen Atomwaffen verdoppelt und die Zahl der sowjetischen Bodenraketen in Osteuropa um 25% erhöht worden sei. Unter diesen Umständen wollten auch die Amerikaner nicht ins Hintertreffen geraten. So sei es kein Wunder, daß US-Verteidigungsminister Schlesinger die NATO-Länder aufgefordert habe, ihre Streitkräfte zu verstärken. Er wolle zwei weitere Kampfbrigaden nach Westdeutschland verlegen, um die Kampfstärke der amerikanischen Truppen in Europa zu erhöhen.

Europa sei damit in der Tat ein Musterbeispiel für den erbitterten Kampf von Sowjets und Amerikanern um die Vorherrschaft und gleichzeitig für die rücksichtslose Infiltration, Expansion und Aggression des Sowjets unter dem Aushängeschild der Entspannung und Sicherheit geworden.

Peking gehört zu den engagiertesten Verfechtern eines vereinten Europa. Überspitzt kann man sagen, daß die besten Europäer heute nicht in Brüssel, sondern in Peking sitzen. Unter diesen Umständen ist es nur konsequent, daß sie gleichzeitig gegen den MBFR-Plan (Gefahr einer "Finnlandisierung Europas") und gegen die Europäische Sicherheitskonferenz (in Wahrheit eine "Unsicherheitskonferenz") auftreten.

AUSSENPOLITIK, allgemein

(18) China und die Frage der kernwaffenfreien Zonen

Insgesamt standen in der UNO in letzter Zeit Vorschläge zur Errichtung von nicht weniger als fünf kernwaffenfreien Zonen an, nämlich in Südasien, im Mittleren Osten, in Afrika, in Lateinamerika und im Indischen Ozean. Peking setzte sich mit Engagement für die Etablierung dieser Zonen ein und klagte zugleich die beiden Supermächte an, daß sie sich durch ihre Stimmenthaltungsmanöver praktisch gegen die Vorschläge auf kernwaffenfreie Zonen stellten.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Bereiche:

a) Südasiatische kernwaffenfreie Zone.

Der Resolutionsentwurf für die Errichtung einer kernwaffenfrei-

en Zone in Südasien wurde bei der 29. Tagung der UNO-Vollversammlung im November 1974 mit 84 Stimmen angenommen, u.a. auch von der VR China, während Indien den Vorschlag ablehnte. Die Sowjetunion, die USA und einige andere Länder enthielten sich der Stimme. Der chinesische Vertreter argumentierte dahingehend, daß die Spannung in Südasien auf die dortige Rivalität zwischen den beiden Supermächten zurückgehe, die noch verstärkt würde, falls es zu einer Heranschaffung von Kernwaffen käme.

b) Kernwaffenfreie Zone im Mittleren Osten.

Der entsprechende Resolutionsentwurf wurde vom 1. Ausschuß der UNO-Vollversammlung im Herbst 1974 mit 103 Ja-Stimmen angenommen, bei keiner Gegenstimme und drei Stimmenthaltungen. Auch hier führte der chinesische Vertreter wieder die Hegemonieansprüche der Supermächte als Grund für die Haltung Chinas an.

c) Afrikanische Kernwaffenfreie Zone.

Zum erstenmal wurde ein entsprechender Vorschlag im Dezember 1960 auf der 15. Tagung der UNO-Vollversammlung von Äthiopien und sieben anderen afrikanischen Ländern angebracht, kam aber nicht zur Abstimmung. Erst bei der 16. Tagung fand ein ähnlicher Resolutionsentwurf positive Zustimmung. Nach den Konferenzen der afrikanischen Staats- und Regierungschefs in den Jahren 1963 und 1964 nahm die UNO-Vollversammlung dann 1965 den von 28 afrikanischen Ländern gemeinsam vorgelegten Resolutionsentwurf "Deklaration der Denuklearisierung Afrikas" an. Ein ähnlicher Beschluß wurde von der UNO-Vollversammlung wiederum am 21. November 1974 gefaßt, wobei China zustimmte.

d) Kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika.

Am 29. Oktober 1962 bereits hatten einige südamerikanische Länder, unter ihnen Brasilien, Chile und Bolivien, dem Politischen Ausschuß der UNO zum erstenmal einen Resolutionsentwurf für die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Lateinamerika vorgelegt. 1963 riefen einige südamerikanische Präsidenten dazu auf, multilaterale Verträge zu unterzeichnen, um Lateinamerika so schnell wie möglich zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen. Am 11. Februar 1967 schließlich unterzeichneten 21 Länder auf dem Kontinent in Tlatelolco in Mexico City offiziell einen "Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika". Zu diesem Vertrag gab es zwei Zusatzprotokolle. Im Zusatzprotokoll I werden die Staaten außerhalb der kernwaffenfreien Zone Lateinamerikas zur Respektierung des Vertrages aufgefordert. Zusatzprotokoll II verlangt, daß die nuklearen Mächte nichts unternehmen, um den Vertrag zu verletzen, keine Kernwaffen gegen die Vertragsstaaten anwenden und nicht mit der Anwendung von Kernwaffen gegen diese Länder drohen. Bis heute haben alle Kernwaffenbesitzenden Länder, außer der Sowjetunion, das Zusatzprotokoll II unterzeichnet und ratifiziert. China unterzeichnete im August 1973 das Protokoll und ratifizierte es im April 1974.

f) Friedenszone im Indischen Ozean.

Der Vorschlag, den Indischen Ozean und den Südatlantik zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen, wurde zuerst von Sri Lanka auf der II. Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder im Oktober 1964 vorgebracht. Auch auf der Lusaka-Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder im September 1970 und auf der Premierministerversammlung der Länder des British Commonwealth in Singapore im Januar 1971 brachte Sri Lanka gleich-

lautende Vorschläge. Schließlich kam auf Initiative Colombos ein entsprechender Resolutionsentwurf auch vor die 26. Tagung der UNO-Vollversammlung im Jahre 1971. Er wurde am 16. Dezember desselben Jahres angenommen, wobei Sowjetunion und USA sich allerdings der Stimme enthielten. Die Resolution verlangte u.a., daß die Großmächte die militärische Eskalation im Indischen Ozean beendigten, alle ihre Stützpunkte aufgeben und ihre militärischen Einrichtungen und Kernwaffeninstallationen abmontieren. Am 14. November 1974 nahm der Erste Ausschuß der UNO einen Resolutionsentwurf an, der darauf drängt, daß alle in Frage kommenden Länder sich stärker für den Plan einer Friedenszone im Indischen Ozean engagierten (PRu 1974, Nr. 50, S.11 ff.).

Die Frage der kernwaffenfreien Zonen ist für Peking immer wieder ein willkommenes Anlaß, um vor dem Auditorium der Dritten Welt die beiden Supermächte mangelnden Abrüstungswillens zu beschuldigen.

(19) Erhöhte Fähigkeit Chinas zu einem nuklearen "Second Strike" gegenüber der Sowjetunion

Die neueste Ausgabe der Adelphi Papers, die vom Institute of Strategic Studies in London Anfang Januar herausgegeben wurde, befaßt sich mit der wachsenden nuklearen Verteidigungsfähigkeit der VR China gegenüber Moskau.

Die VR China verfüge bereits über eine Anzahl von IRBM (Intermediate-Range Ballistic Missiles - also Mittelstreckenraketen), mit denen sie nicht nur Indien, die meisten südostasiatischen Länder und Japan belegen kann (Reichweite 2200 - 3000 Meilen), sondern auch die meisten größeren Städte der Sowjetunion entlang der transsibirischen Eisenbahn, also z.B. die Städte Wladiwostok, Chabarovsk, Irkutsk, Novosibirsk, Omsk und andere wichtige sowjetische Industriestädte.

All diese sowjetischen Ziele liegen jedoch nicht nur innerhalb des Operationsbereichs der Mittelstreckenraketen, sondern können auch von den TU-16-Bombern erreicht werden, also Flugzeugen, die ursprünglich von der Sowjetunion konstruiert wurden und die heute noch in China gebaut werden. Schließlich hat China noch die F-9-Überschallkampfflugzeuge, mit denen Ziele um Taschkent und Alma-Ata angegriffen werden können.

Angesichts dieser wachsenden Fähigkeit zum "zweiten Schlag" zeigen die Chinesen wachsendes Selbstvertrauen gegenüber dem Aufbau sowjetischer Truppen entlang der 6000 km langen gemeinsamen Grenze mit der Sowjetunion.

(20) Das internationale System aus der Vogelperspektive: Die "Drei Welten" im Wandel

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich das internationale System aus chinesischer Sicht (PRu 1974, Nr. 44, S.6) grundlegend verändert: "An die Stelle des deutschen, italienischen und japanischen Faschismus traten in den ersten Jahren nach dem Krieg die Vereinigten Staaten und trachteten nach der Weltherrschaft. Damals wurde die von den USA angeführte kapitalistische Welt im Westen die "Erste Welt" genannt, das aus der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern zusammengesetzte sozialistische Lager wurde als "Zweite Welt" und die nationalen unabhängigen Länder sowie die um Unabhängigkeit kämpfenden Länder in den weiten Gebieten Asiens, Afri-

kas und Lateinamerikas wurden als "Dritte Welt" bezeichnet.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, aber besonders in den sechziger Jahren, ist ein großer Wandel vor sich gegangen. Die sozialistischen Länder haben in der Revolution und beim Aufbau ununterbrochen neue Erfolge erzielt, und die sich sprunghaft entwickelnden nationalen Befreiungsbewegungen haben bedeutsame Siege errungen. Hingegen begann die westliche Welt auseinanderzufallen. Der USA-Imperialismus wurde von Tag zu Tag schwächer, während Westeuropa, Japan und die Ozeanischen Länder allmählich ihre wirtschaftlichen Kräfte wiederherstellten und entwickelten. Gleichzeitig gelangte die sowjetrevisionistische Renegatenclique in der Sowjetunion an die Macht und verwandelte dieses Land in ein sozialimperialistisches, so daß das eine Zeitlang existierende sozialistische Lager nicht mehr bestand. Seit Anfang der sechziger Jahre ringen die beiden Supermächte, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, heftig um die Weltherrschaft.

Die gegenwärtigen internationalen Beziehungen zeigen, daß die heutige Welt in der Tat drei Teile oder drei Welten in sich schließt, die sowohl miteinander verbunden sind als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die beiden Supermächte bilden die Erste Welt. Die entwickelten Länder, die sich zwischen den Supermächten und den Entwicklungsländern befinden, bilden die Zweite Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. In dieser Dritten Welt, die über 100 Entwicklungsländer ... umfaßt, leben etwa 3 Mrd. Menschen, das sind mehr als 70% der Weltbevölkerung ... Lange Zeit durch Kolonialismus und Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet ..., zeigt sich bei ihnen nun der stärkste revolutionäre Drang ...

Unsere Epoche ist nach wie vor eine Epoche des Imperialismus und der Proletarischen Revolution. Die zahlreichen Länder der Dritten Welt, die heute dafür kämpfen, die noch verbleibenden Kräfte des Kolonialismus weiter auszurotten, die nationale Wirtschaft zu entwickeln und die nationale Unabhängigkeit zu festigen, sind die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, vor allem gegen die Supermächte. Wirklich mächtig sind nur die Länder der Dritten Welt."

Diese Macht sei durch sechs Ereignisse deutlich geworden:

- Siege gegen Aggressionen von außen (Indochina, Palästina)
- Nationale Befreiungsbewegungen (vor allem in Afrika, nunmehr 42 selbständige Staaten)
- Änderung des Kräfteverhältnisses in der UNO zugunsten der Dritten Welt
- Kampf gegen Ausplünderung und erste Anläufe zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (Deklaration in der UNO von 1974, 200-sm-Zone, Öl als Waffe, Vereinigung der rohstoffproduzierenden Länder etc.)
- Kampf gegen Kontrolle, Subversion und Einmischung von außen (Ägypten vertreibt sowjetisches Militärpersonal; seit 1971 wurden in 20 Ländern der Dritten Welt über 700 sowjetrevisionistische Spione entlarvt und 200 ausgewiesen)
- Koordinierende Gipfelkonferenzen.

(21) Hori in China

Shigeru Hori, ein früherer Gegner der Annäherung Japans an

die VR China, besuchte vom 15.-20. Januar, gleichzeitig mit dem Besuch des neuen japanischen Außenministers Kiichi Miyazawa in Moskau, die VR China und wurde von den Chinesen zuvorkommender behandelt, als es selbst von der japanischen Botschaft erwartet worden war.

Ursache hierfür ist der Versuch der VR China, der zunehmenden Abkühlung der prochinesischen Gefühle innerhalb der japanischen Regierungspartei entgegenzuwirken mit dem Versuch, möglichst viele Mitglieder des "Rechten Flügels" der LDP durch persönlich zuvorkommende Behandlung zu gewinnen.

Hori, erstes führendes Mitglied der LDP, welches nach der Wahl Mikis zum Ministerpräsidenten China besuchte, hatte den Auftrag, die chinesische Regierung von der Kontinuität der japanischen Außenpolitik gegenüber der VR China zu überzeugen (JT, 7.1.75, JT, 15.1.75). Er hatte am 16.1. ein Gespräch mit Liao Cheng-chih (JT, 17.1.75) und traf am 20.1. Ministerpräsident Chou En-lai und den stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Teng Hsiao-p'ing. Er übergab einen persönlichen Brief von Premierminister Miki an Chou En-lai. Teng wies darauf hin, daß China die Politik der Nichteinmischung (keine Hegemonie suchen) auch auf Japan anwende. In bezug auf wirtschaftliche Fragen erklärte Teng, China habe im Gegensatz zu japanischen Berichten keinerlei Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz. Hori warnte die japanischen Geschäftsleute bei einem Interview davor, durch mangelndes Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit Chinas zukünftige Handelsgeschäfte zu gefährden (JT, 21.1.75).

INNENPOLITIK

(22) IV. Nationaler Volkskongreß

a) VERLAUF

Der IV. Nationale Volkskongreß tagte vom 13. bis zum 17.1., wie das Pressecommuniqué festhält, zu seiner ersten Sitzung in Peking. Vom 8.-10.1. war das Zentralkomitee der KPCh zu seiner 2. Plenartagung des X. Parteitages zusammengetreten. Aufgaben des Parteiplenums waren die Diskussion der später veröffentlichten Dokumente des Parteitages sowie die personellen Neubesetzungen. Plenum und Volkskongreß entschieden über wichtige Ämter in Staatsführung und Regierung. Mao Tse-tung - anscheinend bei guter Gesundheit, denn er empfing während des Kongresses Franz Josef Strauß - blieb dem Volkskongreß fern, was prompt zu Spekulationen über Mißbilligung einer Reihe von personellen Entscheidungen durch den Parteichef Anlaß gab, die zugunsten der Gemäßigten Fraktion um Ministerpräsident Chou ausgingen. 1954 war der Volkskongreß erstmals zusammengetreten, nach dem dritten Volkskongreß Ende 1964 hatte er zehn Jahre lang nicht mehr getagt.

Die Einberufung des Volkskongresses geschah, wie schon beim X. Parteitag, mit höchster Geheimhaltungsstufe. Lediglich der sowjetische Sender "Radio Frieden und Fortschritt" meldete bereits am 16. Januar von Pekinger Gerüchten über die Abhaltung des Kongresses. Solche Geheimhaltung ist möglich, weil, wie Kissinger kürzlich bestätigte, von der "Halle des Volkes",

wo der Kongreß stattfand, eine unterirdische Autostraße zum nahen Regierungswohnviertel Chungnanhai in der Südwestecke des alten Kaiserpalastes verläuft. Chungnanhai wiederum ist durch eine exklusive Nebenstrecke an die Pekinger U-Bahn angeschlossen. Auf solchen Wegen dürften die rund 3000 Parlamentarier unbemerkt in die "Halle des Volkes" gelangt sein (FAZ, 20.1.75). Die Abgeordneten sind nicht wie früher durch örtliche Volkskongresse gewählt und bestimmt worden, sondern durch "weite demokratische Konsultationen und wiederholte Diskussionen". Die wichtigsten Dokumente des Volkskongresses waren die Verkündung der neuen Verfassung, der Bericht über die revidierte Verfassung und Chou En-lais Bericht über die Regierungsarbeit (siehe die Dokumente am Ende dieses Heftes). Die Verfassung ist im wesentlichen das Dokument, das bereits auf dem 2. Plenum des IX. Parteitages 1970 zu Auseinandersetzungen um das nach dem Sturz von Liu Shao-ch'i leerstehende Amt des Staatspräsidenten Anlaß gab. Kräfte um Lin Pi ao wollten ihm oder einem seiner Anhänger dieses Amt zuschanzen, während Mao sich vorsichtig für die Abschaffung des Amtes eingesetzt hatte. Maos Absicht ist in der neuen Verfassung vollzogen worden. Die Ernennung des Ministerpräsidenten erfolgt nun durch den nationalen Volkskongreß, der Oberbefehl über die Streitkräfte geht an den Parteivorsitzenden, also an Mao Tse-tung. Im Vergleich mit der Verfassung von 1954 ist das neue Dokument drastisch reduziert. Die Verfassung kann als ein "revolutionäres" Dokument bezeichnet werden, das ausdrücklich die Rede- und Versammlungsfreiheit, das Streikrecht sowie die Veröffentlichung der aus der Kulturrevolution bekannten Wandzeitungen zuläßt. Gleichzeitig finden sich im wirtschaftlichen Bereich Festschreibungen des Status quo, was etwa die Organisationen der Kommunen u.a. angeht. Die wichtigsten Ämterverschiebungen sind die folgenden: Teng Hsiao-p'ing wurde als Erster Stellvertretender Ministerpräsident bestätigt, zusätzlich hatte ihn das Plenum zum stellvertretenden Parteivorsitzenden und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros ernannt, innerhalb der Armee fiel ihm das Amt des Generalstabschefs zu. Ministerpräsident Chou En-lai wurde in seinem Amt bestätigt. Der gemäßigten Fraktion um Chou zugerechnet, erhielt Yeh Chien-ying den Posten des Verteidigungsministers. In solcher Funktion war er bereits in den vorhergegangenen Jahren aufgetreten. Von der Shanghai-Fraktion wurden keine Ministerämter hinzugewonnen. Lediglich Chang Ch'un-ch'iao reihte sich als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten nach Teng Hsiao-p'ing ein (Einzelheiten dazu siehe die Ausführungen in diesem Heft von Wolfgang Bartke). Chang Ch'un-ch'iao erhielt auch, was die vorsichtige Ausbalancierung der radikalen Minderheitsfraktion und der Chou-Fraktion unterstreicht, den Posten des Direktors der Politischen Hauptverwaltung innerhalb der Armee. Westliche Kommentare waren sich darin einig, daß nach der Ungewißheit, die das Aufbegehren des X. Parteitages 1973 gegen die "herrschende Strömung" gebracht hatte, nun die Fortsetzung der gemäßigten Linie Chou En-lais gesichert ist, daß außerdem eine feste Grundlage für spätere Verschiebungen aufgrund des Generationswechsels gelegt wurde.

b) AUSLAND

Sowjetische Reaktionen auf den Volkskongreß konzentrierten sich auf die Kritik der Verfassung, die Tatsache der Geheimhaltung des Kongresses und die Abwesenheit von Mao. Moskau kann nicht umhin, den Sieg des konservativen Flügels und die Niederlage der ultralinken Shanghaier Gruppe zuzugeben.